

ungewisse Zukunft in der Fremde zu tauschen, in Afrika auch nicht stärker ausgeprägt ist als anderswo.

Ähnliches hat Staatssekretärin Duzdar von Teilnehmern des afrikanischen Jugendgipfels gehört, der im Vorfeld des Treffens in Abidjan stattfand: „Die Message war: Wir wollen eigentlich gar nicht auswandern. Wir wollen in Afrika bleiben. Aber das funktioniert nur, wenn wir die Chance auf ein gutes Leben hier bekommen.“

Aber wie es mit hochfliegenden Plänen so ist: Sie werden durch die Realität häufig auf den Boden zurückgezwungen. Gemessen an den Erwartungen, die in das Gipfeltreffen gesetzt wurden, fiel die Schlussdeklaration am Ende eher belanglos aus. In den Verhandlungen vor dem Eintreffen der Staatsgäste wurde zäh um einzelne Formulierungen gefeilscht. Die Europäer wollten konkrete Verpflichtungen bei Maßnahmen und Projekten festschreiben, sich ihrerseits aber nicht finanziell festlegen. Die Afrikaner wiederum lehnten es ab, sich drängen zu lassen, und reklamierten einige demokratie- und rechtspolitische Passagen, die für ihren Geschmack allzu gewagt waren, aus dem Text der Schlussklärung.

„Die Integrität von Wahlen und die Sicherstellung des Machtwechsels sind wichtige demokratische Parameter“, stand laut einem Bericht von „Spiegel online“ in einer frühen Version der Deklaration. Das Wort „Machtwechsel“ missfiel den zahlreich anwesenden Potentaten so sehr, dass es gestrichen wurde. In einem anderen Abschnitt musste ein Hinweis auf den Internationalen Strafgerichtshof getilgt werden. Dafür wurde großer Wert darauf gelegt, die Autorität der jeweiligen Verfassungen zu betonen. Immerhin sind einige afrikanische Staatschefs gerade dabei, die Grundgesetze ihrer Länder so zu ändern, dass sie möglichst lange im Amt bleiben können.

Womit schon eines deutlich wurde: So oft rund um das Gipfeltreffen die wichtige Rolle der Jugend und des Neuanfangs beschworen wurde – die alten Eliten des Kontinents haben wenig Interesse daran, sich ihre Macht streitig machen zu lassen. Südafrikas Präsident Jacob Zuma, ebenfalls beim Gipfel anwesend, tritt gerade den praktischen Beweis dafür an (siehe Seite 58).

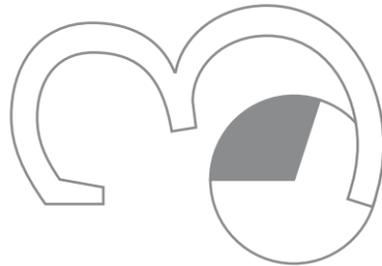
Staatssekretärin Duzdar, Österreichs Repräsentantin beim Gipfeltreffen, bemühte sich dennoch um eine positive Bilanz: Die Deklaration möge zwar nicht so deutlich ausgefallen sein, wie erwartet und erhofft. „In der Debatte sind aber sehr viele Themen zur Sprache gekommen. Und dabei wurde sehr, sehr offen über alles geredet.“ Auch und vor allem über die Situation in Libyen, wo Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika schlimmsten Misshandlungen ausgesetzt sind (siehe Interview Seite 61). Man redet unter neuen Rahmenbedingungen miteinander und will das in Zukunft auch regelmäßiger und intensiver tun.

Einer Lösung ihrer Probleme sind die beiden Kontinente damit nur unwesentlich nähergekommen. Damit konnte allerdings auch niemand rechnen. So bleibt am Ende ein Satz von Georg Lennkh, dem ehemaligen Afrika-Beauftragten der österreichischen Regierung, der auch im Vorfeld des Gipfeltreffens aktiv war: „Die Lösung kann wahrscheinlich nur darin bestehen, immer weiter nach einer Lösung zu suchen.“

AP/WIDE WORLD PHOTOS/SHUTTERSTOCK

Sprachen, Putsche Stromausfälle

VON ALICIA PRRGER



Quellen: African Development Bank; Millennium Development Goals Report 2015; World Economic Forum; „Afrika im Wandel“ vgl Verlag; alAfrica.com; eurosat; International LGBTI Association; NYTimes.com.

Am Ende des Regenbogens

VON JOHANNES DIETERICH



Vor einem Vierteljahrhundert wurde Südafrika als demokratiepolitisches Vorbild gefeiert. Unter dem Regime von Präsident Jacob Zuma mutierte das Land zu einem Gangsterstaat.

Wer sie miterlebt hat, vergisst die Bilder nie wieder: blauer Himmel, warmes Herbstsonnenlicht. Vor den Union Buildings in Pretoria gibt sich die Welt ein Stelldichein. Mit einer spektakulären Feier wird Nelson Mandela an diesem Maimorgen im Jahr 1994 zum ersten schwarzen Staatschef Südafrikas vereidigt. „Nie wieder soll in diesem wundervollen Land einer den anderen unterdrücken“, ruft der ehemalige Häftling den 4000 geladenen Gästen, darunter zahllosen Präsidenten, Königen und Kirchenführern, sowie einer Milliarde Fernsehzuschauern zu. Kaum ein Auge bleibt trocken: Am Kap der Guten Hoffnung hat sich ein Wunder ereignet. Überraschend hatte die weiße Bevölkerungsminderheit schließlich doch noch freiwillig von der Macht gelassen – die schwarze Bevölkerungsmehrheit streckte zum Dank die Hände zur Versöhnung aus. Die „Regenbogensnation“ war geboren; der Traum der aufgeklärten Menschheit von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit schien endlich Wirklichkeit zu werden. „Die Welt liegt uns zu Füßen“, schwärmte die Johannesburger Zeitung „Sowetan“. Die Südafrikaner sahen sich als auserwähltes Volk.

PRÄSIDENT ZUMA
Dass er sich so lange an der Macht halten konnte, ist der eigentliche Skandal.

23 Jahre später: Im südafrikanischen Fernsehen werden die nächtlichen Sitzungen eines Parlamentsausschusses übertragen, in denen haarsträubende Details von der Plünderung der Staatskonzerne durch eine mit

dem Präsidenten eng verbundene Clique ans Licht kommen. Zeitungen präsentieren täglich neue Enthüllungen über Jacob Zumas Geiselnahme des Staates: Gemeinsam mit der Gupta-Familie riss sich der 75-jährige Regierungschef öffentliche Gelder unter den Nagel und legte staatliche Institutionen lahm. Ein Buch des Journalisten Jacques Paauw bricht auf der Bestsellerliste alle Rekorde: Südafrika sei auf dem Weg in einen „Gangsterstaat“, fasst Paauw seine zweijährige Recherche der Machenschaften des Präsidenten zusammen. Der Nachfolger Nelson Mandelas hat aus dem gelobten Land eine Bananenrepublik gemacht: Mit Zuma sei Südafrika „endlich in Afrika angekommen“, spottet „Sowetan“.

Noch scheint nicht alles verloren zu sein. Zumindest ein Teil des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) ist inzwischen aufgewacht; unter der Führung von Vizepräsident Cyril Ramaphosa hat sich auch innerhalb der Regierungspartei eine Opposition gegen den Ausverkauf des Kaps der Guten Hoffnung formiert. Mitte Dezember werden mehr als 5000 ANC-Delegierte auf ihrem Parteitag in Johannesburg eine neue Führung küren. Da Zuma nach zwei Amtsperioden nicht mehr kandidieren kann, hat er seine Ex-Gemahlin, Nkosazana Dlamini Zuma, in den Ring gestellt. Dort soll sie Cyril Ramaphosa schlagen – und ihren ehemaligen Mann vor Gerichtsverfahren und Gefängnisstrafen bewahren. Wie der ANC-interne Schlagabtausch ausgeht, ist ungewiss, doch die Entscheidung wird Südafrikas Schicksal auf Jahrzehnte hin bestimmen.

Dass Zuma sich überhaupt so lange an der Macht halten konnte, ist der eigentliche Skandal. Ungestraft bediente sich der Präsident zum Bau seiner Privatvilla aus dem Staatshaushalt, ersetzte angesehene Finanzminister durch unfähige, ihm willfährige Hinterbänkler und vernichtete damit Milliarden von Rand, der südafrikanischen Währung, an den Börsen. Um die Plünderung der Staatskonzerne auszugleichen, zahlen die Südafrikaner heute dreimal höhere Strompreise als bei Zumas Amtsantritt, wie überhaupt die ganze Volkswirtschaft unter dessen Regie abstürzte. Investoren ziehen sich zurück, das Wachstum stagniert, der Rand bricht ein, die Rating-Agenturen werten das Land auf Ramschstatus ab. Nur zwei Indikatoren weisen steil nach oben: die Schulden und die Arbeitslosenquote.

Den Präsidenten ohne Schulabschluss scheint das nicht weiter zu kümmern; er konzentriert sich auf die Absicherung seiner Macht. Schlüsselpositionen wie jene des Generalstaatsanwalts, des Geheimdienstchefs, des Finanzministers, des Intendanten der öffentlichen Rundfunkanstalt oder des Chefs des staatlichen Stromkonzerns sind mit Zumas Lakaien besetzt, die sich nicht einmal die Mühe machen, unabhängig oder auch nur professionell zu wirken. Solche Zustände seien bereits aus anderen Teilen des Kontinents bekannt, schreibt „Sowetan“: „Zuma hat uns vor Augen geführt, dass wir kein außergewöhnliches Land, sondern ein ganz normaler afrikanischer Staat am Südpol der Erde sind.“

Gnadenlos rechnet „Sowetan“-Kolumnist Prince Mashele mit der Zuma-Ära ab. Die Südafrikaner sollten sich bei ihrem Präsidenten dafür bedanken, dass er ihnen ihren wahren Charakter gezeigt habe: „Dass uns die Idee des Rechtsstaats fremd ist – und dass wir das Konzept

eines Verfassungsstaats gar nicht verstehen können.“ In einem „typischen afrikanischen Staat“ gäben sich die Menschen „keinen Illusionen über die Verbindung von Moral und Regierungsführung“ hin, unkt Mashele: „Dort wissen die Menschen, dass die Regierenden ihre Macht für sich, ihre Familien und ihre Freunde ausüben.“

Die Reaktion auf die Polemik des Kolumnisten der vor allem von schwarzen Südafrikanern gelesenen Zeitung fiel kaum weniger zornig aus. Dem seinerseits dunkelhäutigen Schreiber wurden Defätismus und Rassismus vorgeworfen. Tatsächlich scheint Mashele das Credo weißer Überlegenheitsfanatiker zu teilen, wonach alles, was Afrikaner anfassen, in Chaos und Korruption, in Unvermögen und Aderlass, in Diktatur und Vetterwirtschaft ende. Doch genau darauf hat es der Kolumnist mit seiner Polemik auch abgesehen: seinen Lesern zu zeigen, auf welch verheerende Weise Zuma die Vorurteile der weißen Herrenmenschen bestätigt.

Selbstverständlich wissen auch schwarze Südafrikaner, was ein Rechtsstaat ist. Sie hatten Hunderte von Jahren unter ihrer Entrechtung gelitten und gaben sich nach ihrer Befreiung unter Nelson Mandelas ANC-Regierung eine der besten Verfassungen der Welt. Dass eine kriminelle Clique dieses Grundgesetz nun auszuhöheln sucht, kommt keineswegs nur auf dem afrikanischen Kontinent vor. Dasselbe droht überall, wo Menschen uneingeschränkt Macht ausüben. Genau deshalb sind Verfassungen mit starken Institutionen zur Kontrolle der Macht so wichtig.

Insofern ist das Kap der Guten Hoffnung tatsächlich in Afrika angelangt. Der erst vor einem knappen Vierteljahrhundert von weißer Kolonialherrschaft befreite Staat muss nun den Weg zu einer stabilen und belastbaren Demokratie finden. Die postkoloniale Ära fiel keinem unabhängig gewordenen afrikanischen Staat leicht: Zu radikal waren tradierte Strukturen ausgemerzt worden, zu selbstherrlich hatten die europäischen Fremdherrscher gewütet. Oft genug übernahmen die neuen afrikanischen Eliten die Denk- und Handlungsweise der einstigen Kolonialherren: Ihre raubgierigen Regime müssen von der allmählich erstarkenden Zivilgesellschaft hinterfragt, herausgefordert und abgelöst werden.

Südafrikas Zivilgesellschaft ist so stark wie keine andere südlich der Sahara – das Erbe von fast 50 Jahren Widerstand gegen das Apartheid-System. Dass Zumas Gangsterherrschaft schließlich bloßgestellt wurde, ist dieser Zivilgesellschaft zu verdanken: politischen Aktivistinnen, aufrechten Bürgerinnen, Richtern, Antikorruptionskämpfern und auch Journalisten. Sie haben dafür gesorgt, dass die Herrschaft Zumas selbst innerhalb des ANC zusehends infrage gestellt wurde. Sollte Cyril Ramaphosa siegreich aus der Abstimmung im Dezember hervorgehen, wird Südafrika zwar noch lange nicht zum gelobten Land, denn dafür müsste sich der ANC erst einmal einer Generalüberholung unterziehen und das gigantische Problem der wirtschaftlichen Umverteilung lösen. Das wird der in die Jahre gekommenen Befreiungsbewegung kaum noch zugetraut. Zumindest der erste Schritt sollte allerdings möglich sein: Dass der ANC dem Rechtsstaat wieder eine Chance gibt, die Verfassung beherzigt und regierende Verbrecher vor den Kadi bringt. Auch dann wäre Südafrika auf seinem Heimatkontinent angekommen – und zwar als Vorbild.

Silicon Savannah

VON ALICIA PRAGER



Kenianische Start-ups finden für viele Alltagsprobleme der Afrikaner verblüffende digitale Lösungen.

Der Weg zur nächsten Bank war für Kenianer oft eine Tagesreise auf schlecht befahrbaren Straßen. Das bedeutete nicht nur Mühe und Zeitverlust, sondern für Unternehmer oder Bauern auch Produktionseinbußen. Heute zücken Kenianer ihr Handy und zahlen mit dem mobilen Zahlungssystem M-Pesa. Es gehört seit nunmehr zehn Jahren zum Alltag der Kenianer und erspart der Bevölkerung den oft weiten und beschwerlichen Weg zur nächsten Bank. M-Pesa (das „M“ steht für Mobile, „Pesa“ heißt aus Swahili „Geld“) wurde in Kenia gestartet und wird mittlerweile auch in Indien, Afghanistan und Osteuropa verwendet.

Seit dem Erfolg von M-Pesa hat sich in Nairobi eine breite Start-up-Szene entwickelt, die der kenianischen Hauptstadt den Spitznamen Silicon Savannah eintrug. Co-Working Spaces und Innovation Hubs, allen voran i-Hub und Nairobi Garage, unterstützen die Entwicklung neuer Unternehmen, die für hartnäckige Probleme digitale Lösungen suchen.

Die interessantesten Innovationen im Überblick:

BESUCHERIN IM INNOVATIONSZENTRUM I-HUB
Die kenianische Start-up-Szene ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

Branch – Kredite per SMS

M-Pesa hat den Grundstein für eine Vielzahl von mobilen Finanzservices gelegt. Inzwischen gibt es auch die Kreditvergabe online. Der Dienst heißt „Branch“, „die mobile Bank für die Hosentasche“, so

der Werbe-Claim. User melden sich mit ihrem Facebook-Profil sowie einem Bankkonto an und geben Branch Zugriff auf ihre Handydaten, Anruf- und SMS-Protokolle inklusive. So entscheidet das Unternehmen, ob ein Kredit vergeben wird. Rund 350.000 Kunden hat Branch, das 2015 gegründet wurde.

OkHi – Doppelt so schnell zum Ziel

Der Großteil der Häuser in Kenia hat keine feste Adresse. Das beschert Lieferanten, Taxis und Krankenträger lange Irrfahrten und kann auch für die Identitätsüberprüfung einer Person zum Problem werden. OkHi basiert auf Google Maps und fügt der Karte Bilder der Hauseingänge hinzu. OkHi gibt an, dass seine Kunden in Nairobi ihr Ziel auf diese Weise bis zu 50 Prozent schneller erreichen.

Maisha Meds and Connect Med – Mit der App zum nächsten Arzt

In großen Teilen Kenias funktioniert die medizinische Betreuung schlecht. Kleine Apotheken spielen eine entscheidende Rolle, doch ihren Mitarbeitern fehlt oft die Kompetenz. Maisha Meds hat eine App programmiert, die bei der Administration einer Apotheke hilft und den weiteren Kontakt mit den Patienten erleichtert. Die Handynummer wird gespeichert, der Patient erhält Anleitungen zur Folgebehandlung. Beim selben Problem setzt Connect Med an. Das Start-up richtet sich speziell an Ärzte und ist eine Art Verzeichnis der Praxen im Land. Patienten können über die App sehen, wo der nächste geeignete Arzt ist, und gleich einen Termin buchen.

eLimu, mShule – Bildung für alle

Rund 20 Prozent der Kenianer können nicht lesen und schreiben. Schüler schneiden bei Tests schlecht ab, und sogar in Nairobi versagen 18 Prozent der Schüler der 8. Klasse bei Lese-, Schreibe-, und Rechenübungen, die für die 2. Klasse gedacht sind. Die Regierung setzt ihre Hoffnung auf eine Steigerung des Bildungserfolgs durch Digitalisierung. Bis Ende

2017 sollen rund eine Million Tablets an alle öffentlichen Grundschulen geliefert werden. Das Online-Start-up eLimu entwarf eine App, die dem kenianischen Lehrplan angepasst auf den großen Abschluss der Grundschule vorbereitet. Ähnlich funktioniert mShule, jedoch ohne Tablet. mShule schickt SMS mit Aufgaben an den Schüler, angepasst an sein Vorwissen. So wird Chatten zur Lernmethode.

Fuzu, Shortlist, DumaWorks – Per Mausclick zum Traumjob

Die Arbeitslosigkeit in Kenia liegt laut UN derzeit bei 39 Prozent. Start-ups wie Fuzu, Shortlist und DumaWorks haben sich daher der Arbeitsvermittlung verschrieben. Wie bei Dating-Plattformen werden Profile der Stellenausschreibungen mit jenen der Arbeitssuchenden abgeglichen. Dazu bietet etwa der Dienstleister Fuzu gratis Video-Kurse an, die Arbeitssuchende mit Zusatzqualifikationen ausstatten sollen. Thematisch reichen die Videos von Buchhaltung bis zu „Wie man einen Drucker repariert“.

Twiga Foods – Die Lieferketten werden revolutioniert

Eine Banane in Nairobi kostet etwa gleich viel wie in London, obwohl sie aus der Region kommt. Ein Grund dafür sind die ineffizienten Lieferketten. Über 30 Prozent der produzierten Waren, etwa Tomaten oder Bananen, überstehen den Weg vom Bauern zum Großmarkt und weiter in den Laden nicht unbeschadet. Das lässt den Preis für den Endkonsumenten nach oben schnellen. Twiga Foods will das Leben der Bauern und Lebensmittelhändler einfacher machen und damit auch die Preise senken, indem Lieferketten effizienter werden. Bauern liefern die Waren, deren Menge in den Tagen zuvor per SMS ausgemacht wird, zu einem Sammelpunkt in ihrer Nähe. Twiga Foods transportiert sie weiter zu Straßenverkäufern. Gezahlt wird mit M-Pesa. Über 200 Millionen Bananen wurden so bereits an rund 2600 Kleinhändler verkauft.

Dank Apps wie „eLimu“ oder „mShule“ wird Chatten zur Lernmethode.

profil: Warum haben Sie sich entschlossen, nach Libyen zu gehen?

Gnapo: Ich bin 33 Jahre alt und muss Geld verdienen. Ich will eine Familie gründen. Das Mindeste ist es, einen Job zu finden. Ich hatte gehört, dass die Lage in Libyen schlecht ist, aber mein Freund und ich haben beschlossen, das Risiko einzugehen. In den sozialen Medien ist auch viel von Chancen die Rede, und wir wussten, dass man, wenn man Glück hat, einen arabischen Chef finden kann, der einen beschützt. Wenn man verhaftet wird, kann er den Wachen Geld geben, und man kommt wieder raus. Unser Plan war, genug Geld zu verdienen, um ein Boot nach Europa nehmen zu können.

profil: Wie sind Sie nach Libyen gelangt?

Gnapo: Mein Freund und ich nahmen einen Flug nach Tunesien und arbeiteten dort ein paar Monate am Bau. Ich war Maurer. Mit dem Geld fuhren wir weiter nach Ben Gardane, einer Stadt nahe der libyschen Grenze. Wir überquerten die Grenze in einem Lastwagen versteckt, der Fische transportierte. Die Polizei arbeitet mit den Schleppern zusammen, deshalb werden die Laderäume nicht kontrolliert. Aber auf der Fahrt durch die Wüste war es extrem heiß.

profil: Was hat Sie nach der Ankunft in Libyen erwartet?

Gnapo: Wir fanden einen Job auf einer Baustelle in der Hafenstadt Zuwara, aber wir mussten uns dauernd verstecken. Wir konnten nicht einmal das Haus verlassen, um Geld nach Hause zu schicken. Libyer mögen keine Schwarzen, sie sehen sie als Ware an, die man kauft und verkauft. Wenn uns die Polizei nicht schnappt, besteht immer noch die Gefahr, von Banditen gekidnappt zu werden, die vorgeben, Arbeiter zu suchen. Genau das passierte uns dann auch. Nach drei Monaten kamen Männer auf die Baustelle und führten uns ab. Vielleicht waren es Polizisten, aber wir hörten, dass sie von der Mafia waren. Wie auch immer, sie brachten uns ins Gefängnis.

profil: Wie war die Situation im Gefängnis?

Gnapo: Es war ein Alptraum.

profil: Können Sie etwas davon erzählen?

Gnapo: Alle Libyer tragen dort schwere

„Sie schlugen uns die ganze Zeit“

INTERVIEW: ANNA ROXVALL



Der Ivorer Gnadou Gnapo wollte nach Europa und landete in einem libyschen Gefängnis. Er erzählt, was ihm widerfahren ist.

Gnadou Gnapo, 33, kommt aus Abidjan, der Hauptstadt von Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste). Er verbrachte zwei Monate in libyscher Haft. Vergangene Woche kam er im Zuge eines Rückführungsprogramms, das von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) durchgeführt wird, nach Hause.

Waffen. Wir schliefen übereinander. Wenn ein Gefängniswärter hereinkam, verprügelte er uns so lange, bis er müde war. Sie schlugen uns die ganze Zeit. Wenn du isst, schlagen sie dich, wenn du nicht isst, schlagen sie dich. Wenn sie dich auf Arabisch ansprechen, und du verstehst sie nicht, schlagen sie dich zu Brei. Besonders schlimm war es für die Rastafari. Die Wärter zündeten ihre Haare an und sahen zu, wie sie brannten. Manche versuchten zu entkommen. Wenn sie erwischt wurden, hängten die Wärter sie mit den Füßen an der Zimmerdecke auf und schlugen sie. Ich habe gesehen, wie Gefangene Blut urinierten.

profil: Wie sind Sie aus dem Gefängnis entkommen?

Gnapo: Es gab Streiks und Zusammenstöße, und schließlich brachen die Mauern ein. Wir flohen nach Tripolis, fanden dort einen Stützpunkt der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und baten, dass man uns nach Hause bringt.

profil: Wie fühlten Sie sich, als Sie nach Abidjan heimkehrten?

Gnapo: Es ist gut, wieder zu Hause zu sein, aber es ist gleichzeitig sehr schwierig. Als wir verhaftet wurden, habe ich all das Geld verloren, das ich verdient hatte. Mir blieb nichts mehr, ich hatte nicht einmal eine Zahnbürste. Ich wohne jetzt bei meinem Bruder. Er unterstützt mich, denn ich habe keinen Job. Manche machen sich lustig über uns, weil wir gescheitert sind, ich fühle mich lächerlich. Es scheint keinerlei Pläne der Regierung zu geben, die Situation von Leuten wie uns zu verbessern. Ich bin jetzt zwar frei in dem Sinn, dass ich nicht mehr in einem Gefängnis bin und geschlagen werde, aber in meinem Kopf bin ich nicht frei. Man kann nicht sagen, dass man frei ist, solange man sein Leben nicht selbst organisieren kann.

profil: Werden Sie in Côte d'Ivoire bleiben?

Gnapo: Ja, wenn ich einen Job finde. Ich hätte nie all das durchgemacht, wenn ich hier Arbeit gefunden hätte. Hoffentlich wird die Regierung eine Art Reintegrationsplan für uns machen. Aber sie soll sich beeilen, denn einige von uns planen bereits, sich wieder auf den Weg zu machen. Ich habe mich noch nicht entschieden.

RADIO MIT **profil**

Menschen – Themen – Meinungen.

Montagmittag live auf Radio Wien:
profil im Radio mit einem spannenden Thema.

RADIO WIEN ORF

